

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:
www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 37

vom 27. September 2013
Redaktion: Katja Richardt

Bundestagswahl und Volksentscheid

Hamburg hat gewählt: Landeswahlleiter Willi Beiß gibt vorläufige Ergebnisse bekannt 2

Soziales

Bund lässt Länder und Kommunen bei der Armutswanderung aus Osteuropa im Stich..... 4

Schule, Jugend und Berufsbildung

Ausbildungsplätze in Hamburg: Fast 38 Prozent setzen das Abitur voraus 6

Positive Zwischenbilanz nach Ganztagsstart 11

Stadtentwicklung und Umwelt

Änderung am Standort für Windenergieanlagen in Neuengamme liegt aus 13

Ein Park für Mitte Altona 15

Wissenschaft und Forschung

Zulassung zum Master of Education an der Universität Hamburg im Wintersemester 2013/2014..... 17

Wirtschaft

Masterplan Handwerk 2020 19

Kultur

Verleihung des Lichtwark-Preises und Lichtwark-Stipendiums an Hamburger Künstler 22

Erster Hamburger Musikdialog zum Start des Reeperbahn-Festivals 24

Neue Nachwuchsfilmförderung 25

Eröffnung des Info-Pavillons am ehemaligen Hannoverschen Bahnhof in der HafenCity 27

Bundesweiter Spielstättenprogrammpreis Rock, Pop, Jazz in Hamburg verliehen 28

Internationale Bauausstellung

Die ganze Welt in einem Hof – IBA-Projekt eröffnet 30

Grundsteinlegung für großes Wohnquartier in Wilhelmsburg 32

23. September 2013/bis23

Bundestagswahl und Volksentscheid Energienetze

Hamburg hat gewählt: Landeswahlleiter Willi Beiß gibt vorläufige Ergebnisse bekannt

Landeswahlleiter Willi Beiß gibt das vorläufige amtliche Endergebnis der Bundestagswahl 2013 in Hamburg bekannt (Anlage).

Nach dem vorläufigen Ergebnis wird Hamburg wieder 13 Abgeordnete in den neuen Bundestag entsenden. Die SPD und die CDU haben jeweils fünf, die GRÜNEN zwei und DIE LINKE hat ein Mandat erzielt.

Die **Wahlkreise** haben gewonnen:

- Wahlkreis 18 - Hamburg-Mitte: Johannes Kahrs (SPD)
- Wahlkreis 19 - Hamburg-Altona: Dr. Matthias Bartke SPD)
- Wahlkreis 20 - Hamburg Eimsbüttel: Niels Annen (SPD)
- Wahlkreis 21 - Hamburg-Nord: Dirk Fischer (CDU)
- Wahlkreis 22 - Hamburg Wandsbek: Aydan Özoğuz (SPD)
- Wahlkreis 23 - Hamburg Bergedorf-Harburg: Metin Hakverdi (SPD)

Über die **Landesliste** ziehen in den Bundestag ein:

SPD

Keine zusätzlichen Landeslistenmandate. Alle fünf Sitze der SPD werden durch die gewonnenen Wahlkreismandate in Anspruch genommen

CDU

Marcus Weinberg, Rüdiger Kruse, Dr. Herlind Gundelach und Jürgen Klimke

GRÜNE

Anja Hajduk und Manuel Sarrazin

DIE LINKE

Jan Paul van Aken

Überhangmandate sind in Hamburg wie bereits bei der Bundestagswahl 2009 nicht angefallen.

Volksentscheid Energienetze:

Nach dem vorläufigen Ergebnis der Auszählung des Volksentscheids über die Energienetze ist der Volksentscheid zustande gekommen. Auf die Vorlage der Initiatoren wurden

440.690 Ja-Stimmen = 50,9 % und

425.446 Nein-Stimmen = 49,1 % abgegeben.

Die Vorlage hat demnach mehr Ja- als Nein-Stimmen auf sich vereinigt. Auch die zweite Voraussetzung für einen erfolgreichen Volksentscheid, mehr Ja-Stimmen als die Hälfte der Zweitstimmen, die bei der Bundestagswahl in Hamburg auf die Parteien abgegeben wurden, die in den neuen Bundestag gewählt wurden, ist hiernach erfüllt.

In Hamburg haben die in den Bundestag gewählten Parteien CDU, SPD, GRÜNE und DIE LINKE insgesamt 757.865 Zweitstimmen erhalten. Das vorläufige Quorum beträgt damit 378.933 Ja-Stimmen und ist eindeutig erfüllt.

Das **vorläufige Ergebnis der Bundestagswahl** in Hamburg konnte dem Bundeswahlleiter in der Nacht um 1:34 Uhr übermittelt werden.

Landeswahlleiter Willi Beiß: „Mein herzlicher Dank gilt vor allem den rund 14.500 ehrenamtlichen Mitgliedern in den Wahlvorständen, aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Bezirken, im Statistischen Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein und auch bei Dataport, die mit ihrem Engagement für einen erfolgreichen Wahltag gesorgt haben.“

Weiterer Fahrplan

Die Kreiswahlleitungen überprüfen in dieser Woche die Auszählungen aller Wahlvorstände, die Kreiswahlausschüsse stellen dann am Freitag, den 27. September 2103, die endgültigen Ergebnisse in den sechs Hamburger Wahlkreisen fest. Damit sind die Mandate in den Wahlkreisen endgültig. Die Landeslistenmandate werden durch den Bundeswahlausschuss erst am 8. Oktober 2013 festgelegt, nachdem die endgültigen Zweitstimmenergebnisse aller Länder ermittelt sind und die Sitzverteilung einschließlich der Überhang- und Ausgleichsmandate berechnet ist. Das Hamburger Zweitstimmenergebnis wird am 2. Oktober 2013 durch den Landeswahlausschuss beschlossen (um 14 Uhr in der Handwerkskammer).

Rückfragen der Medien:

Behörde für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Tel. 040 – 42839-2673

E-Mail: pressestelle@bis.hamburg.de Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde

sowie:

Landeswahlamt, Oliver Rudolf, Tel. 040 – 42839-1732

25. September 2013/basfi25

Bund lässt Länder und Kommunen bei der Armutswanderung aus Osteuropa im Stich

Senator Scheele: „Bund stiehlt sich aus der Verantwortung“

Die Bund-Länder Arbeitsgruppe zur Armutswanderung aus Osteuropa ist heute zu ihrer dritten Sitzung in der Hamburger Landesvertretung in Berlin zusammen gekommen. Dabei sind insbesondere Fragen des Anspruchs auf Sozialleistungen, der Krankenversorgung, der Wohnbedingungen und der sozialen Betreuung von Menschen erörtert worden, die zunehmend aus Osteuropa in deutsche Städte wie Duisburg, Dortmund, Mannheim, Berlin, Offenbach und Hamburg kommen. Die anwesenden Länder und Kommunen forderten vom Bund gemeinsam mit dem Deutschen Städtetag und dem Landkreistag – eine finanzielle Entlastung dieser besonders betroffenen Großstädte.

„Die Bund-Länder-AG hat in den vergangenen Monaten die zum Teil sehr schwierigen Rechtsfragen aufbereitet und gemeinsam mit den betroffenen Kommunen Lösungsvorschläge entwickelt“, sagt **Sozialstaatsrat Jan Pörksen**, der zugleich der Vorsitzende der Arbeitsgruppe ist. „Auch die Länder haben eigene Programme auf den Weg gebracht, um den Menschen vor Ort zu helfen und den Städten bei der Bewältigung der sozialen Probleme und ihren Integrationsbemühungen unter die Arme zu greifen. Nur der Bund hat bisher keinen konkreten Beitrag geleistet. Er ist nicht bereit, einen von Ländern und Kommunen geforderten Unterstützungsfonds einzurichten. Auch den geforderten Rechtsanspruch auf Integrationsleistungen soll es nicht geben.“

Besonders ärgerlich sei auch aus Sicht der übrigen Teilnehmer der Arbeitsgruppe, dass der Bund nicht einmal bereit sei, aus vorhandenen Mitteln des Europäischen Sozialfonds ein gesondertes Programm zur Verfügung zu stellen oder ein nationales Kompetenzzentrum einzurichten, das sehr komplexe Krankenversicherungsfragen klären könnte.

„Der Bund spielt `Toter Mann` und stiehlt sich aus der Verantwortung“, betont **Sozialsenator Detlef Scheele**. „Die neue Bundesregierung wird sich dieser Problematik noch in den ersten 100 Tagen stellen müssen. Die Städte dürfen damit nicht allein gelassen werden.“

Die Lösungsvorschläge, die die Arbeitsgruppe in fünf verschiedenen Unterarbeitsgruppen entwickelt hat, sollen im November dieses Jahres der Arbeits- und Sozialministerkonferenz vorgestellt werden.

Hintergrundinformationen

Die Arbeits- und Sozialministerkonferenz hat die Bund-Länder-AG im November 2012 eingesetzt, um die betroffenen Großstädte (u.a. Duisburg, Dortmund, Mannheim, Berlin, Offenbach und Hamburg) zu unterstützen, da die Zuwanderung insbesondere aus Bulgarien und Rumänien stark angestiegen ist. An den regelmäßig stattfindenden Beratungen der Arbeitsgruppe nehmen vom Bund folgende Ministerien teil: Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, das Bundesinnenministerium, das Bundesfamilienministerium und das Büro der Bundesintegrationsbeauftragten Böhmer. Außerdem gehören Vertreter der Länder besonders betroffener Kommunen, der kommunalen Spitzenverbände und des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, aber auch Vertreter der Botschaften aus Rumänien und Bulgarien zu den Teilnehmern der Arbeitsgruppe.

Für Rückfragen der Medien

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration

Hamburger Straße 47 | 22083 Hamburg |

Pressestelle | Nicole Serocka

T +49 40 428 63 - 2889 | F +49 40 428 63 - 3849 |

pressestelle@basfi.hamburg.de | www.hamburg.de/basfi

24. September 2013/bsb24

Ausbildungsplätze in Hamburg: Fast 38 Prozent setzen das Abitur voraus

Schulsenator Ties Rabe stellt Ausbildungsreport 2012/13 vor

Mit 14.148 neuen Ausbildungsplätzen zeigte sich der Hamburger Ausbildungsmarkt im Ausbildungsjahr 2012/13 außerordentlich stabil. Der gegenüber dem Vorjahr geringfügige Rückgang um 264 Ausbildungsplätze (-1,8 Prozent) ist im bundesweiten Vergleich das zweitbeste Ergebnis aller Bundesländer (-3,2 Prozent). Das zeigt der jetzt von Schulsenator Ties Rabe vorgestellte Ausbildungsreport für das Ausbildungsjahr 2012/13. Rabe: „Anders als in anderen Bundesländern stellt der Hamburger Ausbildungsmarkt hohe Anforderungen an die Schulbildung: Mit 37,7 Prozent erfordern außerordentlich viele Hamburger Ausbildungsplätze das Abitur. Hamburg bleibt zudem das Ausbildungszentrum für ganz Norddeutschland. Wie bisher zieht die Hansestadt mit 42,0 Prozent (Vorjahr 42,4 Prozent) sehr viele Auszubildende aus anderen Bundesländern an.“

Höchster Anteil von Ausbildungsstartern mit Abitur in allen Bundesländern

Hamburgs Ausbildungsmarkt weist mit 37,7 Prozent den höchsten Anteil von Ausbildungsstarterinnen und -startern mit Abitur in allen Bundesländern auf. Im Bundesdurchschnitt haben lediglich 23,1 Prozent aller Ausbildungsanfängerinnen und -anfänger das Abitur. Der hohe Anteil von Abiturientinnen und Abiturienten unter den Auszubildenden liegt unter anderem an zahlreichen besonders anspruchsvollen Ausbildungsplätzen in Hamburg als Dienstleistungsmetropole des Nordens. So verzeichnet der Hamburger Ausbildungsmarkt trotz der traditionell hohen Ausbildungsquote im Handwerk ein starkes Übergewicht an Ausbildungsplätzen aus dem Bereich der Handelskammer. In deren Zuständigkeitsbereich wurden 9.906 neue Ausbildungsverträge registriert, ein Anteil von 70 Prozent, deutlich mehr als in anderen Bundesländern. Auf den Plätzen zwei und drei folgen das Hamburger Handwerk mit 2.682 Neuverträgen (19 Prozent) und die Freien Berufe mit 1.128 neuen Ausbildungsverträgen (8 Prozent).

Meistgewählte Ausbildungsplätze

Besonders viele Ausbildungsplätze gibt es in Hamburg in den kaufmännischen Berufen. So wurden im Ausbildungsjahr 2012/13 831 Ausbildungsverträge für Kaufleute im Einzelhandel, 714 Ausbildungsverträge für Kaufleute im Groß- und Außenhandel und 594 Ausbildungsverträge für Verkäuferinnen und Verkäufer neu abgeschlossen. Ebenfalls besonders viele Ausbildungsplätze verzeichnen die Berufe Fachinformatiker/in (387), medizinische (363) und zahnmedizinische (315) Fachangestellte/r, Kraftfahrzeugmechatroniker/in (357), Friseur/in (348) und Anlagenmechaniker/in für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik (279).

Trend zu anspruchsvollen Ausbildungsplätzen

Der Trend zu anspruchsvollen Ausbildungsplätzen zeigt sich nicht nur im Dienstleistungsbereich, beispielsweise bei Banken und Versicherungen, sondern auch im Handwerk. Der Anteil von Abiturientinnen und Abiturienten unter den neuen Auszubildenden im Hamburger Handwerk stieg 2012 auf einen Rekordwert von 15 Prozent. Schulsenator Rabe konnte sich in diesem Zusammenhang im Rahmen des Tages des Handwerks zusammen mit Handwerkskammerpräsident Josef Katzer von der hochwertigen Ausbildung im Hamburger Handwerk überzeugen. Rabe: „Nicht nur im Bereich der Handelskammer, auch im Hamburger Handwerk entstehen immer mehr hochwertige Ausbildungsplätze, die das Abitur erfordern. Diese Entwicklung erklärt, warum immer mehr junge Menschen das Abitur anstreben: Gerade auf dem hochwertigen Hamburger Ausbildungsmarkt eröffnet das Abitur die besten Chancen für einen guten Ausbildungsplatz.“

42 Prozent Ausbildungsanfänger aus anderen Bundesländern

Der Anteil von Ausbildungsanfängerinnen und -anfängern aus anderen Bundesländern ist mit 42,0 Prozent (Vorjahr: 42,4 Prozent) unverändert hoch, was angesichts der in vielen Bundesländern rückläufigen Schulabgangszahlen nicht unbedingt zu erwarten war. Den größten Anteil stellen nach den Auszubildenden aus Hamburg (58 Prozent) die Auszubildenden aus Schleswig-Holstein (17 Prozent) und Niedersachsen (15 Prozent). Ties Rabe: „Der ungebrochene Zustrom junger Menschen aus ganz Deutschland belegt die große Anziehungskraft des Hamburger Ausbildungsmarkts. Hamburg bietet viele Ausbildungsplätze in zahlreichen attraktiven Ausbildungsberufen sowie eine hervorragende Berufsausbildung in den Betrieben und an den beruflichen Schulen. Beide Aspekte zusammen sind Garant für einen guten Start ins Berufsleben.“

Gute Chancen für Hamburger Schüler mit Real- oder Hauptschulabschluss

Während Bewerberinnen und Bewerber aus anderen Bundesländern überwiegend in hochwertige Ausbildungsberufe drängen und hier mit einem Anteil von 54 Prozent unter den Bewerbern mit Abitur deutlich überrepräsentiert sind, bietet der Hamburger Ausbildungsmarkt gerade für Hamburger Schülerinnen und Schüler mit Real- oder Hauptschulabschluss zunehmend bessere Chancen. So stieg die Zahl der Ausbildungsverträge für Hamburger Schülerinnen und Schüler mit Hauptschulabschluss von 2.245 (2011) auf 2.410 (2012) und liegt damit erheblich über der Zahl der Ausbildungsplätze für Hauptschülerinnen und -schüler aus anderen Bundesländern (2011: 872 Ausbildungsplätze, 2012: 851 Ausbildungsplätze).

Steigende Übergangsquote von der Schule direkt in den Beruf

Die Behörde für Schule und Berufsbildung hat zahlreiche Reformen eingeleitet, um Hamburger Jugendlichen den Übergang von der Schule in das Berufsleben zu erleichtern. Schulsenator Rabe: „Nur 25 Prozent der Schulabgänger ohne Abitur haben direkt nach dem Schulabschluss im Sommer 2012 eine Ausbildung begonnen. Diese Übergangsquote wollen wir energisch verbessern. Unsere Bemühungen hatten bereits im letzten Jahr Erfolg: Nach dem Schulabschluss konnten wir die Übergangsquote dank der Anstrengungen von Arbeitsagentur, Jobcenter sowie Schul- und Sozialbehörde um 50 Prozent auf 38 Prozent steigern. Das zeigt, was möglich ist.“

Schon während der Schulzeit Vorbereitung auf Übergang in die beruflichen Ausbildungen

Mit mehreren Maßnahmen soll die Übergangsquote verbessert werden. So sollen sich Jugendliche künftig bereits während der Schulzeit auf den Übergang in die beruflichen Ausbildungen vorbereiten. Ein entsprechendes Konzept der Schulbehörde zur Berufs- und Studienorientierung in den Klassenstufen 8 bis 10 wird zurzeit an den Stadtteilschulen erprobt und ab dem kommenden Schuljahr 2014/15 verbindlich umgesetzt.

Regionalstellen der Jugendberufsagentur als Ansprechpartner für Jugendliche

Darüber hinaus sind in jedem Bezirk Regionalstellen der Jugendberufsagentur vorgesehen, in denen die Beratungsinstanzen der Arbeitsagentur, des Jobcenters, der Schulbehörde und der Bezirksämter unter einem Dach zusammengefasst sind. Die neuen Jugendberufsagenturen ersparen die umständliche Suche nach den richtigen Ansprechpartnern und gewährleisten, dass kein junger Mensch zwischen den Behörden „verloren geht“ und den Anschluss verpasst. Die landesweit tätige - in der Bundesrepublik einzigartige - Jugendberufsagentur ist bereits in fünf Bezirken etabliert. In wenigen Wochen werden die noch fehlenden Regionalstellen in Wandsbek und Bergedorf eröffnet.

Übergangsmaßnahmen an beruflichen Schulen für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz

Drittes Element bei der Verbesserung des Übergangs von der Schule in die Ausbildung ist die Reform der Übergangsmaßnahmen an den beruflichen Schulen für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz. Die Schulbehörde setzt mit den neuen Angeboten „Berufsqualifizierung (BQ)“ und „Ausbildungsvorbereitung (AV-Dual)“ auf gezielte Maßnahmen mit umfangreichen Praktika in den Betrieben. So lernen die jungen Menschen von Anfang an die betriebliche Realität kennen, bekommen eine klarere Vorstellung von ihren beruflichen Möglichkeiten und knüpfen Kontakte zu Ausbildungsbetrieben. Aufgrund dieser Angebotsverschiebung nahm die Zahl der Schülerinnen und Schüler in den auslaufenden Übergangsangeboten der teilqualifizierenden Berufsfachschule um 542 ab, während in den neuen Angeboten mit Praxisanteilen die Zahlen anstiegen (AV-Dual + 339 Schüler, Berufsqualifizierung BQ + 73). Senator Rabe: „Wir wollen, dass möglichst viele junge Menschen zügig eine vollqualifizierende Berufsausbildung beginnen und nicht wie bisher planlos Maßnahmen des Übergangssystems besuchen.“

Deutlich mehr Ausbildungsplätze an den staatlichen Hamburger Fachschulen

Darüber hinaus hat die Schulbehörde weitere Anstrengungen unternommen, um junge Menschen auszubilden. So wurde die Zahl der Ausbildungsplätze an den staatlichen Hamburger Fachschulen deutlich erhöht. Im Schuljahr 2012/13 begannen 926 Fachschülerinnen und Fachschüler ihre Ausbildung zum Erzieher oder zur Erzieherin sowie 536 Schülerinnen und Schüler ihre Ausbildung zur Sozialpädagogischen Assistenz. Insgesamt wurden in Hamburg im Berichtsjahr an staatlichen Fachschulen für Sozialpädagogik 2.262 Erzieherinnen und Erzieher in Vollzeit oder berufsbegleitend ausgebildet. Das entspricht einem Zuwachs seit 2008 um 34 Prozent. Senator Rabe: „Diese erfreuliche Entwicklung zeigt, dass die von uns eingeleiteten Verbesserungen der beruflichen Qualifizierung zur sozialpädagogischen Assistenz und zu Erzieherinnen bzw. Erziehern wirken. Wir wollen die Zahl der jährlich ausgebildeten Erzieherinnen und Erzieher von bislang durchschnittlich 550 auf durchschnittlich 850 deutlich erhöhen. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag zum erheblichen Ausbau der Betreuungsangebote an Kindertagesstätten und Schulen.“

Stellungnahme Landesausschuss für Berufsbildung (LAB) zum Ausbildungsreport

Der Landesausschuss für Berufsbildung (LAB), der entsprechend seinem gesetzlichen Auftrag den Senat in Angelegenheiten der Berufsbildung berät, hat auch in diesem Jahr einstimmig eine positive Stellungnahme zum Report abgegeben. Diese ist dem Report beigelegt. Das Gremium hebt darin hervor, dass die landesweite Einrichtung der Jugendberufsagentur in Hamburg eine richtige

Entscheidung gewesen ist, um möglichst alle Jugendlichen in Hamburg zu erreichen und ihnen bei Bedarf eine individuelle und gezielte Beratung zukommen zu lassen.

Als berufsbildungspolitisches Schwerpunktthema enthält der Ausbildungsreport 2013 entsprechend der Bitte des LAB einen Bericht über das wichtige Themenfeld „Inklusion in der beruflichen Bildung“ (ab S. 57). Weitere Themen des Reports sind u.a.:

- Erfahrungen nach einem Jahr zum neuen Verfahrensrecht zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen (ab Seite 81)
- Vorzeitige Lösung von Ausbildungsverträgen (ab Seite 88)
- Gewinnung von Studienabbrecherinnen und -abbrechern für die Berufsausbildung (ab Seite 97).

Das Dokument als Download finden Sie unter: www.hamburg.de/bsb/bsb-publikationen.

Mit dem Ausbildungsreport 2013 setzt die Behörde für Schule und Berufsbildung ihre jährliche Berichterstattung zum Ausbildungsgeschehen in Hamburg fort. Die Behörde kommt damit einem entsprechenden Ersuchen der Bürgerschaft vom 25. August 2011 nach.

Für Nachfragen der Medien:

Behörde für Schule und Berufsbildung Clive Hewlett, Geschäftsführer Landesausschuss für Berufsbildung Tel: (040) 4 28 63 – 3514 E-Mail: Clive.Hewlett@bsb.hamburg.de Internet: www.hamburg.de/bsb	Behörde für Schule und Berufsbildung Peter Albrecht, Pressesprecher Tel: (040) 4 28 63 – 2003 E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de Internet: www.hamburg.de/bsb
---	--

27. September 2013/bsb27

Positive Zwischenbilanz nach Ganztagsstart

Senator Rabe: Erstaunlich wenig Anlaufprobleme

Acht Wochen nach Beginn der flächendeckenden Ganztagsbetreuung an Hamburgs Grundschulen hat Schulsenator Ties Rabe eine positive Bilanz gezogen: „Der neue Senat hat die Zahl der Ganztagsgrundschulen in nur zweieinhalb Jahren von 53 auf 200 fast vervierfacht und die Zahl der kostenlosen Betreuungsplätze um über 10.000 auf rund 37.000 gesteigert. Damit bekommen erstmals auch rund 10.000 Kinder einen Betreuungsplatz, die in der Vergangenheit unversorgt waren. Sicher ist nicht alles sofort perfekt, aber die sehr hohen Anmeldequoten zeigen, dass wir richtig gehandelt haben und die Kinder gern die Ganztagschule besuchen. Für ein so gewaltiges Reformvorhaben gibt es erstaunlich wenig Anlaufprobleme.“

Für den Nachmittagsbereich soll die gesamte Schule genutzt werden. Damit übersteigt das Raumangebot deutlich das bisherige Angebot der Horte. Um Unterrichtsräume nachmittags besser nutzen zu können, werden Raumausstattung und Mobiliar Schritt für Schritt verbessert. Allein für den Bau von rund 120 Schulkantinen sind rund 100 Millionen Euro vorgesehen. Bis Ende 2012 gab es an 65 Grundschulstandorten komplette Kantinen. 2013 werden 70 Schulküchen und Speiseräume fertig gestellt, davon 66 an Grundschulen. 45 sind bereits in Betrieb, 25 folgen bis Jahresende. 2014 sollen noch einmal 32 Schulküchen und Speiseräume an Grundschulen fertiggestellt werden.

Ties Rabe: „Nachdem bisher jährlich weniger als zehn Kantinen gebaut wurden, ist dieser gewaltige Ausbau eine große Leistung der Planer und Ingenieure von Schulbau Hamburg, aber auch der Schulleitungen und der Schulöffentlichkeit.“ 40 Grundschulen bekommen aufgrund kompletter Neugestaltungen erst nach 2014 eine endgültige Kantine und bieten bis dahin befristete Übergangslösungen. In der Regel nehmen die Kinder dort ihr Essen in einer zum Speiseraum umgestalteten Aula oder Pausenhalle ein, bis der komplette Umbau der gesamten Schule erfolgt ist.

75 Grundschulen organisieren das Ganztagsangebot in eigener Regie als Angebot der Schule, 125 haben damit einen freien Träger unter dem Dach der Schule beauftragt. Die Kinder werden in Gruppen mit 23 bzw. 19 Kindern betreut. In der Praxis sind die Gruppen nur zu 80 Prozent belegt (15-19 Kinder), weil die Kinder nicht an allen Tagen da sein müssen. Nachmittags werden das Mittagessen, Hausaufgabenhilfe, Lernförderung sowie zahlreiche Lern- und Freizeitangebote angeboten. Die Träger bekommen dafür als selbständige Dienstleister ein Budget, mit dem pro Gruppe 1,7 Erzieherstellen sowie die Betreuung beim Mittagessen finanziert werden können. Das Geld kann auch für Kursangebote externer Fachkräfte eingesetzt werden.

Grundlage des Ganztagsausbaus ist ein bereits von der Vorgängerregierung entwickeltes Ganztagskonzept, das der SPD-Senat verbessert und umgesetzt hat. So wurden die Mittel von 80

auf 109 Millionen Euro pro Jahr erhöht und die Personalausstattung um 25 % verbessert. Der neue Personalschlüssel entspricht damit den früheren Hortangeboten. Bis auf drei Schulen bieten jetzt alle Hamburger Grundschulen von 13-16 Uhr die kostenlose Ganztagsbetreuung an, zusätzlich gibt es an fast allen Grundschulen gegen sozial gestaffelte Gebühren weitere Betreuungsangebote von 6 oder 7 bis 8 Uhr und 16 bis 18 Uhr sowie in den Ferienzeiten. Der Preis für das Mittagessen ist ebenfalls nach Einkommen sozial gestaffelt und darf 3,50 Euro nicht überschreiten. Kinder aus Familien im Leistungsbezug essen kostenlos. Zurzeit besuchen 37.000 Grundschulkinder (68%) die Nachmittagsangebote, über 10.000 mehr als es im alten System möglich war.

Schulsenator Ties Rabe: „Der Start ist hervorragend gelaufen. Nun müssen wir kleinere Anlaufschwierigkeiten einzelner Standorte überwinden und Schritt für Schritt die Qualität weiter verbessern.“ So haben beispielsweise zahlreiche Eltern ihre Kinder weit nach Anmeldeschluss angemeldet und an einigen Schulen dadurch die Gruppen stark vergrößert. An einzelnen Standorten ist es aufgrund unglücklicher Krankheits- und Urlaubszeiten zu Personalengpässen gekommen. Mehrfach haben ungeahnte Bauprobleme die Fertigstellung der Kantinen verzögert. Perspektivisch geht es vor allem darum, den Vor- und Nachmittagsbereich pädagogisch sinnvoll zu verzahnen und auch die großzügigen Raumangebote der Schulen besser zu nutzen. Die von allen Schulen vorgelegten pädagogischen Konzepte bieten dafür eine gute Grundlage. Dazu wurde unter anderem ein Runder Tisch mit Vertretern von Elternkammer, Landeselternausschuss, Trägern und Schulbehörde unter Leitung von Senator Rabe eingerichtet.

Rückfragen der Medien:

Behörde für Schule und Berufsbildung

Peter Albrecht, Pressesprecher

Tel. (040) 42863 – 2003

E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bsb

23. September 2013/bsu23

Änderung am Standort für Windenergieanlagen in Neuengamme liegt aus

Einwendungen bis 7. Oktober möglich

Der Senat hat beschlossen, die Windenergie in Hamburg auf eine Nennleistung von mindestens 100 Megawatt (MW) auszubauen. Dies soll vor allem durch den Abbau alter und den Neubau leistungsstärkerer Windenergieanlagen (Repowering) ermöglicht werden. Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt setzt diesen Auftrag um und hat die Flächensuche nach zusätzlichen Standorten für Windenergieanlagen in ganz Hamburg durchgeführt. Durch die Darstellung weiterer bzw. veränderter „Eignungsgebiete für Windenergieanlagen“ im Flächennutzungsplan und im Landschaftsprogramm sollen sowohl neue Vorhaben als auch das Repowering bestehender Anlagen ermöglicht und so die Voraussetzungen geschaffen werden, die in Hamburg installierte Leistung deutlich zu erhöhen.

Grund für die dritte öffentliche Auslegung ist die Verschiebung der vorgesehenen Darstellung der Teilflächen des Eignungsgebietes Neuengamme. Gegenüber der Fassung, die vom 10. September bis 17. Oktober 2012 erstmals öffentlich ausgelegt hat, wird die mittlere Eignungsfläche nach Norden verschoben und die östlich Eignungsfläche sowohl nach Norden als auch nach Westen verschoben.

Die Änderungen des Flächennutzungsplans (zeichnerische Darstellungen, Beschlusstext und Begründung) werden vom 23. September bis zum 7. Oktober 2013 montags bis donnerstags von 08:00 Uhr bis 15:00 Uhr und freitags von 08:00 Uhr bis 14:00 Uhr in der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Amt für Landes- und Landschaftsplanung, Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg, Auslegungsraum E.01.272, öffentlich ausgelegt.

Für Auskünfte stehen Ihnen hier während der öffentlichen Auslegung Ansprechpartner zur Verfügung.

Es liegen insbesondere folgende Arten umweltbezogener Informationen vor:

- Gutachten zur Bestimmung des Windpotentials für den Bereich der Freien und Hansestadt Hamburg (September 2008)
- Technisches Begleitgutachten - Ausweisung von Vorrangflächen für Windenergieanlagen (Februar 2010)
- Gutachten - Standortsuche Windkraftnutzung in Hamburg (September 2009)
- Artenschutzfachliche Überprüfung und Bewertung der Schwerpunkträume
 - 1. Fachbeitrag Fledermäuse (Februar 2011)
 - 2. Fachbeitrag Fledermäuse (Juli 2011)
 - Überprüfung des Flächeninventars hinsichtlich des avifaunistischen Konfliktpotentials (September 2009)

- a) Bedeutung des Plangebietes als Zugkorridor
- b) Beeinträchtigung eines Weißstorch-Brutplatzes und mögliche Minderungsmaßnahmen
- Landschaftsplanerischer Fachbeitrag zur Umweltprüfung (Februar 2012)
 - Lärmtechnische Stellungnahme (April 2012, Aktualisierung März und September 2013)
 - Stellungnahme zum Schattenwurf (Mai 2012, Aktualisierung März und September 2013)

Alle oben genannten Dokumente sowie weitere Informationen stehen mit dem Beginn der öffentlichen Auslegung auch im Internet unter der Adresse www.hamburg.de/bauleitplanung unter der Rubrik „Aktuelles“ zur Einsichtnahme zur Verfügung.

Während der öffentlichen Auslegung können Stellungnahmen zu der ausliegenden Änderung des Flächennutzungsplans bei der **Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Amt für Landes- und Landschaftsplanung - LP 34 - , Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg** schriftlich oder zur Niederschrift abgegeben werden.

Hinweis: Eingehende Stellungnahmen können gemäß § 4a Absatz 3 Satz 2 Baugesetzbuch nur berücksichtigt werden, soweit sie sich auf die nach der ersten und zweiten öffentlichen Auslegung erfolgten Änderungen bzw. Ergänzungen beziehen. Eine elektronische Stellungnahme richten Sie bitte unter Angabe des vollständigen Namens und der Adresse an: [eignungsgebiete-windenergie@bsu.hamburg.de](mailto: eignungsgebiete-windenergie@bsu.hamburg.de). Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung über den Flächennutzungsplan unberücksichtigt bleiben. Ein Antrag nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung ist unzulässig, soweit mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

Duplikate der Änderungen des Flächennutzungsplans sowie die umweltbezogenen Informationen können beim **Bezirksamt Bergedorf, Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt, Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung, Wentorfer Straße 38 a, 2. Obergeschoss, Vitrine gegenüber Zimmer 213, 21029 Hamburg** im oben angegebenen Zeitraum eingesehen werden.

Kontakt:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pressestelle, Volker Dumann,
040-42840-3249,
volker.dumann@bsu.hamburg.de

25. September 2013/bsu25

Ein Park für Mitte Altona

Sieger des europaweiten Wettbewerbes für die Gestaltung der Grünanlage im neugeplanten Wohngebiet steht fest

Gewinner des Wettbewerbsverfahrens für den Park Mitte Altona ist das Büro Rotzler Krebs und Partner aus Winterthur in der Schweiz. Ihr Entwurf überzeugte vor allem durch einen weitläufigen, vielfältig nutzbaren Freiraum im zentralen Bereich der mit südorientierten Sitzstufen am Rand sensibel inszeniert wird. Innerhalb des Konzepts werden zudem weite Teile der historischen Umladehalle erhalten und sollen mit hängenden Gärten zu einem besonderen Aufenthaltsbereich für die benachbarte Schule werden. Positiv bewertet wurde auch die intensive Auseinandersetzung mit den Bürgerwünschen für den Park, die sich beispielsweise in einem waldartigen Bereich im Nordwesten wiederfinden.

Oberbaudirektor Prof. Jörn Walter: „Der robuste Grundansatz dieser Arbeit bietet viele gute Ideen und lässt noch Spielraum für die endgültige Ausgestaltung. Der Park kann so vielfältig bespielt und auf hervorragende Weise zu einem Bindeglied zwischen dem nördlichen und südlichen Quartier der Mitte Altona werden.“

Die Preisgerichtssitzung des freiraumplanerischen Realisierungswettbewerbs fand am 23. und 24. September 2013 statt und markierte den Höhepunkt eines intensiven Beteiligungsprozesses.

Bereits im Herbst 2012 wurden zehn Themen-Gruppen gebildet, die eigene Nutzungswünsche für den Park formuliert haben. Diese wurden im Januar 2013 bei einem Thementag in einer Ideenbörse vorgestellt, öffentlich diskutiert und bildeten die Grundlage für das Wettbewerbsprogramm. Das Wettbewerbsverfahren für den Park in Mitte Altona wurde dann als europaweiter Wettbewerb mit einem offenen Bewerbungsverfahren durchgeführt. Aus 55 Bewerbungen wurden 12 Teilnehmer ausgewählt, die im Sommer 2013 Entwurfsideen für den neuen Quartierspark entwickelt haben.

Die Bürger konnten bei diesem Wettbewerb die Entwurfsideen mit dem Preisgericht diskutieren und 4 ausgeloste Bürgerinnen und Bürger durften neben der Politik und den Fachpreisrichtern mit 2 Stimmen als Jurymitglieder mitentscheiden. Die Jury unter Vorsitz von Prof. Christophe Girot aus Zürich hat aus 12 Entwürfen den Vorschlag des Büros Rotzler Krebs und Partner aus Winterthur, CH mit dem 1. Preis ausgezeichnet und zur Realisierung ausgewählt.

Neben dem 1. Preis wurde ein 2. Preis an das Büro Atelier Loidl aus Berlin und ein 3. Preis an das

Büro A24 Landschaft, Berlin und eine Anerkennung für den Beitrag von Gross.Max Landscape Architecture, Edinburgh, SCO vergeben. Die Wettbewerbsarbeiten werden vom 23. Oktober bis 1. November 2013 im Rathaus Altona ausgestellt. Zum Wettbewerbsverfahren und dem intensiven Beteiligungsprozess wird eine Dokumentationsbroschüre zur Ausstellung erstellt.

Pläne und Bilder können unter <http://www.hamburg.de/bsu/presse> abgerufen werden.

Rückfragen der Medien:

Kerstin Graupner

Pressestelle der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Tel. 040/ 42840-2051

pressestelle@bsu.hamburg.de

26. September 2013/bwf26

Zulassung zum Master of Education an der Universität Hamburg im Wintersemester 2013/2014

Wissenschaftsbehörde und Universität treffen Vereinbarung, um Bachelor-Absolventen nahtlose Aufnahme eines Masterstudiums zu ermöglichen

Die Behörde für Wissenschaft und Forschung und die Universität Hamburg haben heute folgende Vereinbarung für das Zulassungsverfahren im Master of Education (Lehramtsmaster) der Universität Hamburg im Wintersemester 2013/14 getroffen:

Die Universität Hamburg wird den Bewerberinnen und Bewerbern um einen Studienplatz im Master of Education zum Wintersemester 2013/2014, die die Voraussetzungen erfüllen, aber zunächst eine Absage erhalten haben, im Nachrückverfahren eine Zulassung für einen Studienplatz erteilen. Die Universität wird hierfür ausnahmsweise aus den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln durch interne Mittelumschichtung ausreichend Masterplatz-Kapazitäten zusätzlich aufbauen und bereitstellen. Die Behörde für Schule und Berufsbildung hat sich bereit erklärt, für diese zusätzlichen Studierenden im Master of Education im kommenden Sommersemester die entsprechenden Kernpraktikumsplätze bereitzustellen, die integraler Bestandteil der Ausbildung im Hamburger Master of Education sind.

Die Vereinbarung ermöglicht allen Bachelor-Absolventen der Universität Hamburg in den Lehramtsstudiengängen die nahtlose Aufnahme eines Masterstudiums zum Wintersemester 2013/2014. Wissenschaftsbehörde, Schulbehörde und Universität Hamburg setzen die begonnenen Gespräche zum zukünftigen Bachelor-Master-Übergang in den Lehramtsstudiengängen fort. Vor dem Hintergrund zu erwartender weiter wachsender Bewerberzahlen wird eine Neuregelung der Kapazitäten von Bachelor- und Masterstudienplätzen im Lehramt für die kommenden Jahre auch in Hamburg erfolgen müssen.

Rückfragen:

Behörde für Wissenschaft und Forschung

Pressesprecher

Dr. Alexander von Vogel

Tel: 040/42863-2322, E-Mail: alexander.vonvogel@bwf.hamburg.de

Universität Hamburg

Referentin des Präsidenten für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Christiane Kuhrt

Tel. 040/42838-1804, E-Mail: christiane.kuhrt@uni-hamburg.de

25. September 2013/bwvi25

Masterplan Handwerk 2020

Handwerk und Stadt setzen ihre erfolgreiche Zusammenarbeit fort

Mit dem Masterplan Handwerk haben die Freie und Hansestadt Hamburg und die Handwerkskammer Hamburg 2011 ein zukunftsweisendes Handlungskonzept erarbeitet, dessen Maßnahmen bis 2020 jährlich fortgeschrieben und umgesetzt werden. Im Rathaus unterzeichneten der Erste Bürgermeister Olaf Scholz, Wirtschaftssenator Frank Horch und Handwerkskammerpräsident Josef Katzer die Fortschreibung 2013.

In den Aktionsfeldern Fachkräftesicherung und Qualifizierung, Flächen, Handwerksförderung und Innovation, Existenzgründung und Betriebsnachfolge, Öffentliche Vergabe, Qualitätspolitik, Umwelt und Imagekampagne des Handwerks wurden Grundvereinbarungen getroffen und gemeinsame Aufgaben festgeschrieben.

Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz: „Der Senat erfüllt damit die Zielsetzung aus seinem Arbeitsprogramm, den Wirtschaftszweig Handwerk mit über 15.000 Unternehmen strategisch zu stärken.“

Mit der vorliegenden zweiten Fortschreibung befinden sich die Partner mit den Aktivitäten des „Masterplan Handwerk 2020“ erneut auf gutem Weg. Sie werten es als großen Erfolg, dass auch in 2013 Maßnahmen fortgeführt und neue Vorhaben begonnen werden konnten, obwohl der finanziellen Förderung aufgrund der Konsolidierung des Landeshaushalts weiterhin enge Grenzen gesetzt sind.

Wirtschaftssenator Frank Horch hob anlässlich der Unterzeichnung des Fortschrittsberichts die Bedeutung des Handwerks für den Wirtschaftsstandort hervor: „In unserer mittelständisch geprägten Stadt Hamburg spielt das Handwerk mit seinen fast 130.000 Beschäftigten eine tragende Rolle. Seine kreativen Ideen für Produkte und Dienstleistungen und dessen qualitätsorientierte Umsetzung bilden eine Grundvoraussetzung für Fortschritt und Wachstum.“

Josef Katzer, Präsident der Handwerkskammer Hamburg: „Der Masterplan Handwerk 2020 ist eine wertvolle Strategie für den Mittelstand. Er nützt der Stadt und ihrem Handwerk gleichermaßen. Wir

danken dem Senat sehr, dass er insbesondere vor dem Hintergrund der Haushaltskonsolidierung diese Strategie gemeinsam mit dem Handwerk konsequent weiterverfolgt. Die Erfolge der bisherigen Arbeit in dieser Partnerschaft können sich sehen lassen. Dazu gehört die Errichtung eines geplanten Handwerks- und Gewerbehofes am Offakamp in Eimsbüttel ebenso wie die Fortsetzung des Landesprogramms "Qualifizierung im Handwerk" zur Förderung der beruflichen Weiterbildung und das neue ESF-Projekt "Integrierte Nachwuchsgewinnung im Handwerk". Nicht zuletzt freuen wir uns, dass wir uns künftig gemeinsam mit dem Senat für die Mobilität der Zukunft engagieren können: Die Initiative der Handwerkskammer "1.000 E-Fahrzeuge für das Handwerk" wird mit dem städtischen Leitprogramm zur E-Mobilität verknüpft."

Einige Beispiele:

- Für die weitere positive Entwicklung des Wirtschaftszweigs Handwerk ist die Sicherung des Fachkräftebedarfs durch Ausbildung und die Fort- und Weiterbildung von entscheidender Bedeutung. Dabei sollen künftig mehr Frauen, ältere Menschen und Personen mit Migrationshintergrund für die Tätigkeit im Handwerk gewonnen werden. In der neuen Fachkräftestrategie des Senats wurden die besonderen Belange des Handwerks berücksichtigt.
- Das Landesprogramm „Qualifizierung im Handwerk“ ist am 1. Januar 2013 im Rahmen des ESF-Programms „Weiterbildungsbonus“ mit einer Laufzeit von zunächst einem Jahr gestartet. Bereits in den ersten sechs Monaten des Jahres wurden mit Hilfe des Programms Weiterbildungsmaßnahmen für 74 Handwerkerinnen und Handwerker gefördert. Das Programm wird daher im kommenden Jahr fortgeführt.
- Auch im Bereich der Nachwuchsgewinnung kann durch das künftige ESF-Projekt „Integrierte Nachwuchsgewinnung im Handwerk“ ein wichtiges Modul hinzugefügt werden. Ziel ist es, in enger Kooperation mit den Innungen und der Jugendberufsagentur die Zahl der Auszubildenden im Hamburger Handwerk zu erhöhen, den Ausbildungserfolg zu sichern und den beruflichen Aufstieg von Frauen im Handwerk zu fördern.
- Die Handwerkskammer Hamburg hat im Verbund mit der Freien und Hansestadt Hamburg, dem Arbeitgeberservice von Agentur für Arbeit Hamburg und Jobcenter team.arbeit.hamburg, der IKK classic und der Stiftung Berufliche Bildung das Projekt „Lüüd – Personalberatung für Handwerk und Mittelstand in Hamburg“ ins Leben gerufen. Seit Juni 2013 bietet das Projekt Beratung aus einer Hand zu allen Fragen rund um die Themen Personal und Qualifizierung. Das

Serviceangebot umfasst auch das betriebliche Gesundheitsmanagement und richtet sich gleichermaßen an Unternehmen und Beschäftigte.

- Der Senat unterstützt die auf Hamburg bezogenen Aktivitäten der Handwerkskammer im Rahmen der bundesweiten Imagekampagne Handwerk. Eine aktuelle Ausstellung der Handwerkskammer in der Rathausdiele informiert über wichtige Aspekte des Hamburger Handwerks und präsentiert anschaulich die Maßnahmen in den einzelnen Handlungsfeldern des Masterplans Handwerk.

Die gemeinsamen Projekte dokumentieren die gute Zusammenarbeit zwischen der Stadt und der Handwerkskammer.

Weitere Informationen finden Sie auf den Internetseiten: www.hamburg.de/bwvi und www.hwk-hamburg.de

Der Masterplan Handwerk 2020 steht zum Download bereit unter:

<http://www.hamburg.de/contentblob/4111720/data/masterplan-handwerk.pdf>

Rückfragen:

Helma Krstanoski

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Tel.: 040 42841 1326

E-Mail: Helma.krstanoski@bwvi.hamburg.de

Ute Kretschmann

Handwerkskammer Hamburg

Tel.: 040 35905-227

E-Mail: ukretschmann@hwk-hamburg.de

23.09.2013/kb23

Verleihung des Lichtwark-Preises und Lichtwark-Stipendiums an Hamburger Künstler

Künstler Andreas Slominski wird mit dem Lichtwark-Preis ausgezeichnet, Hamburger Bildhauer Stefan Kern erhält das Lichtwark-Stipendium

Der Lichtwark-Preis wird alle vier Jahre von Senat und Bürgerschaft der Stadt Hamburg an Maler, Zeichner und Bildhauer vergeben und ist mit 10.000 Euro für den Preisträger sowie mit 5.000 Euro für den Stipendiaten dotiert. Anfang 2014 werden Preis und Stipendium an die Hamburger Künstler vergeben.

Benannt ist der Preis nach dem ersten Direktor der Hamburger Kunsthalle und wegweisenden Museumspädagogen Alfred Lichtwark, dessen 100. Todestag im Jahr 2014 begangen wird. Er wird an Künstler verliehen „deren Werke der bildenden Kunst in unserer Zeit neue Aspekte hinzugewonnen haben“.

Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler: „Andreas Slominski ist einer der wichtigsten Künstler, der über Hamburgs Grenzen hinaus mit seiner unkonventionellen Objektkunst auf eine aufregende und neuartige Weise für Eindruck sorgt. Als Professor an der Hochschule für Bildende Künste Hamburg gibt Andreas Slominski sein Wissen an eine große Zahl von Studierenden weiter. Ich freue mich auch besonders, mit dem Bildhauer Stefan Kern einen herausragenden Hamburger Künstler durch das Stipendium unterstützen zu können.“

Das Preisrichterkollegium würdigt die Kunst Andreas Slominskis „als zum Besten gehörig, was in den letzten Jahrzehnten im internationalen Rahmen an deutscher Kunst entwickelt worden ist“. Letzte Träger des Lichtwark-Preises waren Olaf Metzel (2009), Thomas Schütte (2004) und Reiner Ruthenbeck (2000). Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler wird den Preis voraussichtlich im Januar zum Auftakt des Lichtwark-Jahres 2014 überreichen.

1959 in Meppen geboren, studierte Andreas Slominski von 1983 bis 1986 Kunst an der Hochschule für Bildende Künste (HFBK) in Hamburg. Nach einer Professur in Karlsruhe lehrt er seit 2004 als Professor für Bildhauerei an der HFBK. Er wurde in den 1980er Jahren mit seinen *Fallen*-Objekten bekannt, die zugleich banale Alltagsobjekte und autonome Kunstwerke sind. In seiner jüngsten Werkserie beschäftigt Slominski sich mit Garagentoren, die wie Tafelbilder mit bunten Schildern an der Wand hängen. Slominski erhielt verschiedene Auszeichnungen, u.a. den Edwin-Scharff-Preis (1998), den Preis der Yokohama Triennale (2001) und den Niedersächsischen Kunstpreis (2004). Von zahlreichen Institutionen weltweit wurde er zu Einzelausstellungen eingeladen.

Stefan Kern ist 1966 in Hamburg geboren und studierte von 1988 bis 1993 an der Staatlichen Hochschule für Bildende Künste – Städelschule in Frankfurt am Main bei Per Kirkeby, Ulrich Rückriem und Franz West. 2002/2003 hatte Kern eine Gastprofessur an der Kunsthochschule Kassel inne, von 2003 bis 2005 unterrichtete er an der Hochschule für bildende Künste in Hamburg, bis 2009 war Kern Professor an der Ecole Supérieure des Arts Décoratifs in Straßburg. Stefan Kern erhielt bereits mehrere Auszeichnungen, u.a. den Ernst-Barlach-Preis oder das Hamburger Arbeitsstipendium für Bildende Kunst und hat bei zahlreichen Ausstellungen im In- und Ausland mitgewirkt. Letzte Ausstellungen waren im Skulpturenpark Köln, ZKM Karlsruhe, dem MOCA Detroit und der Temporären Kunsthalle Berlin.

Rückfragen der Medien:

Laura-Helen Rüge

Pressestelle der Kulturbehörde

Tel.: 040 / 428 24 – 293

E-Mail: Laura-Helen.Ruege@kb.hamburg.de

23. September 2013/pr23

Erster Hamburger Musikdialog zum Start des Reeperbahn-Festivals

Bereits vor dem „Grand Opening“ des Reeperbahn-Festivals am kommenden Mittwoch diskutieren auf Einladung des Ersten Bürgermeisters Olaf Scholz am selben Tag Verantwortliche aus der Musik-Branche im Hamburger Rathaus. Sie wollen ein gemeinsames Verständnis der digitalen Umbrüche entwickeln und Antworten auf die daraus resultierenden kulturellen, wirtschaftlichen und rechtlichen Herausforderungen finden. Musik- und Internetwirtschaft, Künstlerinnen und Künstler, Verleger, Rechteinhaber, Dienste und Veranstalter treffen sich zum ersten Mal im Hamburger Rathaus zu einem vertraulichen Musikdialog in der Tradition des jährlichen „Mediendialog Hamburg“.

Hamburgs Erster Bürgermeister **Olaf Scholz**:

„Wir wollen die Herausforderungen des digitalen Wandels gemeinsam mit allen diskutieren, die zum musikwirtschaftlichen Ökosystem dazu gehören. Die Musikwirtschaft hat hier eine Pionierleistung erbracht, von der die Kreativwirtschaft insgesamt etwas lernen kann. Es ist wichtig, dass wir dauerhaft über die bestmöglichen Rahmenbedingungen im Gespräch bleiben, um das Kulturgut Musik in allen seinen Facetten zu erhalten und zu stärken. Hamburg freut sich, ein Forum für diesen Musikdialog bieten zu können.“

Prof. Dieter Gorny, Vorstandsvorsitzender des Bundesverbandes Musikindustrie, der den Anstoß zum Musikdialog der Stadt Hamburg gab:

„Die Musikbranche hat erfolgreich neue Geschäftsmodelle im digitalen Raum etabliert. Um eine nachhaltige digitale Ökonomie zu entwickeln, fehlen aber nach wie vor die entsprechenden wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen und ein integrativer Dialog aller an diesem Prozess Beteiligten. Die Stadt Hamburg geht hier mit der Etablierung des Musikdialogs durch Ihren Ersten Bürgermeister Olaf Scholz einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung.“

Rückfragen:

Reeperbahn Festival Campus
Contact@reeperbahnfestival.com

Christoph Holstein, Senatssprecher
Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg
Tel.: 040 / 428 31 22 44
Mobil: 0170 / 288 18 09
E-Fax: 040 / 4279 15 143

Mail: Christoph.Holstein@sk.hamburg.de

24.9.2013/kb24

Neue Nachwuchsfilmförderung

NDR, Nordmedia und Filmförderung Hamburg Schleswig-Holstein gründen neues Programm für Nachwuchsfilmförderung im Norden

Der Norddeutsche Rundfunk (NDR), die Filmförderung Hamburg Schleswig-Holstein (FFHSH) und die nordmedia - Film- und Mediengesellschaft Niedersachsen/Bremen haben unter dem Titel „Nordlichter“ gemeinsam ein neues Förderprogramm für Nachwuchsfilmer aufgelegt. Ab 2014 sollen pro Jahr für bis zu vier Nachwuchsfilme jeweils ca. 900.000 Euro Produktionsvolumen zur Verfügung stehen. Die Kosten tragen die drei Institutionen jeweils zu einem Drittel.

Das neue Programm ermöglicht es norddeutschen Autoren, Regisseuren oder Produzenten, in Zusammenarbeit mit den Förderern Filme, die in Norddeutschland spielen, ohne langen Finanzierungsvorlauf zu realisieren. Die so entstandenen Projekte werden ab 2015 in der Reihe „Nordlichter“ laufen, die das NDR Fernsehen neu einführt.

Im Pilotjahr 2014 werden zunächst norddeutsche Komödien unterstützt. Danach sollen jährlich jeweils andere Genres gefördert werden. Bei der Bewertung der Projekte steht eine überzeugende, eigene Handschrift der Filmemacher im Vordergrund.

Kulturstaatsrat Dr. Nikolas Hill: „Junge Filmemacher bekommen sehr selten die Chance, ihre ersten Filme auf hohem Niveau produzieren zu können. Mit der neuen Nachwuchsfilmförderung wünschen wir uns eine starke Verzahnung von Qualität und Nachwuchs. Autoren, Regisseure und Produzenten sollen in ihren Anfängen stärker darin unterstützt werden, ihre persönliche Handschrift zu finden und Filme mit herausragender und ungewöhnlicher Qualität zu verwirklichen.“

Frank Beckmann, NDR Programmdirektor Fernsehen: „Der Norden hat viele talentierte Filmemacher, die eine Chance verdienen. Der NDR hat eine lange Tradition, diese Talente zu entdecken und zu fördern. Erfolgreiche Regisseure wie Wolfgang Petersen, Hermine Huntgeburth, Dieter Wedel, Lars Becker, Heinrich Breloer und Özgür Yildirim haben mit dem NDR zusammen ihre ersten Projekte realisiert. Mit dem Projekt ‚Nordlichter‘ finden wir die Stars von morgen.“

Eva Hubert, Geschäftsführerin der FFHSH: „Gerade junge Filmschaffende müssen oft sehr lange um die Finanzierung ihrer Projekte kämpfen. Wir kürzen diesen Weg ab und ermöglichen ihnen, frische Projekte in einer überschaubaren Zeit umzusetzen.“

Thomas Schäffer, Geschäftsführer der nordmedia - Film- und Mediengesellschaft Niedersachsen/Bremen mbH: „Nachwuchsförderung sehen wir als eine vornehmliche Aufgabe der

Förderung. Daher freuen wir uns sehr über diese wertvolle Initiative und besonders auch auf die erneute Kooperation der beiden norddeutschen Förderungen und die gemeinsame Arbeit mit dem NDR. Auf die Filme der Nachwuchs-„Nordlichter“ darf man mit Recht gespannt sein.“

Rückfragen der Medien:

Laura-Helen Rüge
Pressestelle der Kulturbehörde
Tel.: 040 / 428 24 – 293

Laura-Helen.Ruege@kb.hamburg.de

Iris Bents
Presse und Information NDR
Tel.: 040 / 4156 – 2300

presse@ndr.de

Wibke Schimpf
Presse & Unternehmenskommunikation
nordmedia
Tel.: 0511/123456-22

w.schimpf@nordmedia.de

Marcel Wicker
Kommunikation & Service
Filmförderung Hamburg Schleswig-Holstein
Telefon: 040 / 398 37 - 19

wicker@ffhsh.de

24.09.2013/kb24a

Eröffnung des Info-Pavillons am ehemaligen Hannoverschen Bahnhof in der Hafencity

**Kulturbehörde macht Ort der Deportationen von 7.692 Juden, Roma und
Sinti im Lohsepark sichtbar**

Heute eröffnet Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler zusammen mit Jürgen Bruns-Berentelg, dem Vorsitzenden der Geschäftsführung der Hafencity Hamburg GmbH und Ansgar Wimmer, Vorstandsvorsitzender der Alfred Toepfer Stiftung FVS, einen Info-Pavillon am Ort des ehemaligen Hannoverschen Bahnhofs.

In dem Pavillon wird der Ort der Deportationen von mindestens 7.692 Juden, Roma und Sinti zu Zeiten des Nationalsozialismus sichtbar gemacht. Außerdem informiert er über den politischen Prozess zur Errichtung eines Gedenkortes und einer Dokumentationsstätte im Lohsepark sowie über die Zusammenarbeit mit Jugendlichen zu der Konzeption der künftigen Gedenkstätte mit dem Projekt „Wie wollt ihr euch erinnern?“.

Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler: „Mit dem Info-Pavillon, einem Veranstaltungsprogramm und Führungen wollen wir dazu beitragen, dass der Hannoversche Bahnhof auf der inneren Landkarte der Hamburger als Erinnerungsort an die Deportationen von mindestens 7.692 Juden, Roma und Sinti zwischen 1940 und 1945 verortet wird.“

Jürgen Bruns-Berentelg, Vorsitzender der Geschäftsführung Hafencity Hamburg GmbH: „Mit der Fertigstellung des Vorplatzes am Ort des ehemaligen Hannoverschen Bahnhofs im Lohsepark in diesem Jahr, ergibt sich die Möglichkeit, im ersten Schritt einen Ort angemessenen Gedenkens an die Deportationen während des II. Weltkriegs mitten in Hamburg darzustellen.“

Da der Lohsepark als künftiger zentraler Volkspark der Hafencity in seiner Realisierung voranschreitet, soll der Pavillon frühzeitig den historischen Ort der Deportationen im nördlichen Lohsepark markieren. Er dient als Interimsausstellung bis zur Eröffnung eines endgültigen Informations- und Dokumentationszentrums. Der Pavillon ist von April bis Ende Oktober täglich außer montags von 10:00 - 18:00 Uhr geöffnet. Von November bis Ende März nach Terminabsprache über kulturprojekte@kb.hamburg.de. Weitere Informationen: www.hannoverscher-bahnhof.hamburg.de.

Rückfragen der Medien: Laura-Helen Rüge; Pressestelle der Kulturbehörde

Tel.: 040 / 428 24 – 293; E-Mail: Laura-Helen.Ruege@kb.hamburg.de

26.09.2013/kb26

Bundesweiter Spielstättenprogrammpreis Rock, Pop, Jazz in Hamburg verliehen

6 Hamburger Musikclubs und Veranstaltungsreihen durch Kulturstatsminister Bernd Neumann ausgezeichnet

Erstmalig wurde gestern Abend im Hamburger Club Uebel & Gefährlich der Spielstättenprogrammpreis Rock, Pop, Jazz 2013 vergeben. Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Bernd Neumann, zeichnete 55 Musikclubs sowie Veranstalterinnen und Veranstalter für ihre kulturell herausragenden Livemusik-Programme im Jahre 2012 aus. Für die Projektdurchführung war die Initiative Musik gGmbH verantwortlich. Die Preise wurden in drei Kategorien mit Geldprämien in der Höhe von 5.000 EUR, 15.000 Euro und 30.000 Euro verliehen.

Sechs Hamburger Clubs und Veranstaltungsräume sind mit dem Spielstättenprogrammpreis ausgezeichnet worden: Die Astra Stube, das Hafenklang, das Molotow und das Uebel & Gefährlich in der Kategorie „Spielstätten mit regelmäßig mehreren Livemusikveranstaltungen pro Woche“, dotiert mit 30.000 Euro, der Golden Pudel Club in der mit 15.000 Euro dotierten Kategorie „Spielstätten mit durchschnittlich einer Livemusikveranstaltung pro Woche“ und die Veranstaltungsreihe „FatJazz urban-X-Changes“ erhält 5.000 Euro.

Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler: „Für die Hamburger Musikclubs freut es mich sehr, dass sie die Auszeichnung des Spielstättenprogrammpreises bekommen haben. Die Preise bestätigen, dass die vitale Hamburger Clubszene im Bundesvergleich qualitativ überzeugend ist. Den Gewinnern möchte ich herzlich zu dem Preis gratulieren und sie darin ermutigen, weiterhin ein so erfolgreiches Programm zu gestalten, das vor allem in der Rock-, Pop- und Jazzmusikszene so viel Anklang findet.“

Durch einen Beschluss des Deutschen Bundestages konnte die Vergabe des Spielstättenprogrammpreises mit insgesamt 1 Million Euro ausgestattet werden. Eine neunköpfige Fachjury aus der Musikbranche hat aus den über 300 Anträgen die Preisträger ausgewählt.

Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien Bernd Neumann: „Mit dem neu gegründeten Spielstättenprogrammpreis würdigt die Bundesregierung das Engagement von Clubbetreibern, die ohne oder mit nur wenig öffentlicher Förderung ein ambitioniertes Musikprogramm anbieten. Es geht um die Wertschätzung von Clubs und Veranstaltungsreihen, die jenseits des Etablierten, mit dem Mut zum Risiko, ein durchaus vielfältiges und qualitativ sehr hochwertiges Liveprogramm vorweisen. Genau diese Risikofreude brauchen wir, wenn sich die Musikszene weiterentwickeln soll. Mit dem Preis unterstreicht die Bundesregierung die Bedeutung solcher

Spielstätten für die Rock-, Pop- und Jazzmusik. Nicht zuletzt für die Künstlerinnen und Künstler ist eine lebendige Clublandschaft von fundamentaler Bedeutung.“

Rückfragen der Medien:

Laura-Helen Rüge
Pressestelle der Kulturbehörde
Tel.: 040 / 428 24 – 293

E-Mail: Laura-Helen.Ruege@kb.hamburg.de



PRESSEINFORMATION

24.09.2013/iba24

Erste Mieter eingezogen: Welt-Gewerbehof bietet Raum für jede Art von Kleingewerbe

Die ganze Welt in einem Hof – IBA-Projekt eröffnet

Kreative, Handwerker, Architekten, Bäcker – der Welt-Gewerbehof im Weltquartier ist ein bunter Mix für Gewerbe jeder Art. Am Dienstag wurde das architektonisch anspruchsvolle Gebäude feierlich eröffnet.

Für den Stadtteil ist der Neubau ein Meilenstein zur Stärkung der lokalen Ökonomien und ein wohnungsnaher Arbeitsort für bestehende Klein- und Kleinstbetriebe sowie Stützpunkt für Neugründungen. Mit seinem Aufbau und seiner Lage fördert er den Austausch ansässiger Betriebe und die Zusammenarbeit der Gewerbetreiber im interkulturellen Quartier.

Auf einer Fläche von rund 5.500 qm ist nach einem Entwurf der Hamburger Architekten dalpiaz + giannetti eine Gruppierung von Werkhöfen unter einem spektakulären transparenten Dach entstanden. Außerdem ist der Neubau in das Nahwärmenetz des benachbarten IBA-Projekts Energiebunker integriert: Die Photovoltaik-Anlage speist die gewonnene Energie ein. Die ersten Mieter sind bereits eingezogen.

Hamburg, 24. September 2013 – „Der Welt-Gewerbehof inmitten des Weltquartiers ist aus vielerlei Hinsicht ein großer Gewinn für ganz Wilhelmsburg: Unter dem Dach dieses architektonisch mutigen und außergewöhnlichen Baus der Hamburger Architekten dalpiaz + giannetti wird eine vielseitige und bunte Mischung aus Kulturen und Gewerbe entstehen. Darüber hinaus bietet es den Nutzern eine angenehme und attraktive Verknüpfung von Wohnen und Arbeiten. Das IBA-Projekt Welt-Gewerbehof hat nicht nur städtebauliche Qualitäten – es leistet auch einen bedeutenden Beitrag zur wirtschaftlichen Stärkung und sozialen Weiterentwicklung. Nicht zuletzt ist der Neubau ein ökologisches Vorbild: Es ist ein weiteres Projekt, das an das Netzwerk unseres Energiebunkers angeschlossen ist. Der Welt-Gewerbehof ist ein ganz besonderer Ort: ebenso bunt und facettenreich wie das interkulturelle Reihertiegeviertel selbst“, sagte **IBA-Geschäftsführer Uli Hellweg**. Mit diesem Konzept spricht der Bau insbesondere Klein- und Kleinstbetriebe, migrantische Unternehmen und Existenzgründer aus dem Stadtteil an. Außerdem werden zusätzliche Chancen für Beschäftigung und erwerbsnahe Tätigkeiten geschaffen – das verbessert die Lebens- und Wohnverhältnisse der ansässigen Bevölkerung.

Wirtschafts-Senator Frank Horch: „Der Welt-Gewerbehof schlägt die Brücke zwischen lokaler und regionaler Ökonomie und Stadtentwicklung. Daher werden aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), 730.000 € zur Verfügung gestellt, um das im Hamburger EFRE-Programm verankerte Ziel der Förderung einer nachhaltigen Stadtentwicklung zu stärken. Aus dem Programm RISE der integrierten Stadtentwicklung sind zudem im Rahmen der Planung des Weltquartiers weitere 670.000 € für den Bau bereitgestellt worden, um Wilhelmsburg zukünftig noch

attraktiver zu gestalten. Ich freue mich sehr, heute gemeinsam mit Herrn Hellweg den Welt-Gewerbehof zu eröffnen und wünsche den Mieterinnen und Mietern viel unternehmerischen Erfolg!“

„Die Vermarktung der Flächen im Welt-Gewerbehof ist fast abgeschlossen. So vielfältig wie der Stadtteil Wilhelmsburg sind auch die Gewerbetreibenden im Welt-Gewerbehof, unter Ihnen ein Industriekletterer, ein Kaffee-Vertrieb, ein Kfz-Meister, mehrere Designer und Künstler, ein Bäcker und eine Gründungsberatung – um nur einige zu nennen.

Wir freuen uns somit, dass das Angebot offenkundig genau dem regionalen Bedarf entspricht und dieses Gebäude von GMH | Gebäudemanagement Hamburg wie die von uns in der Region bereits realisierten Bildungs- und Stadtteilzentren an Schulen ein weiteres Herzstück der Quartiere auf der Elbinsel werden kann“, so **Ewald Rowohlt**

Sprecher der Geschäftsführung GMH | Gebäudemanagement Hamburg.

Der Welt-Gewerbehof besteht aus verschiedenen einzelnen Gebäuden; die dazwischen liegenden überdachten Werkhöfe können die Nutzer für unterschiedliche individuelle Zwecke nutzen. Mit der transparenten Dachkonstruktion fügt sich der Neubau in das bestehende Quartier ein und löst damit die vorher isolierte und ungeordnete Gewerbefläche ab.

Die IBA Hamburg und GWG Gewerbe richteten im Jahr 2011 einen Architekturwettbewerb aus, den die Architekten dalpiaz + giannetti mit einem innovativen und ökonomischen Konzept für sich entschieden haben. Der Entwurf basiert auf einem modulartigen Konzept: Verschiedene Einheiten passen sich flexibel an die Nutzung und Anforderungen der einzelnen Betriebe anpassen. Das transparente Dach aus Polycarbonat-Platten ermöglicht witterungsunabhängiges Arbeiten.

In das Projekt fließen Mittel aus dem Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE). Darüber hinaus unterstützt der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) das Projekt.

Bildmaterial Projekt Welt-Gewerbehof:

Sie gelangen über unsere Bilddatenbank zum Download. Sie finden sie unter:

<http://iba-hamburg.eyebase.com>

Mit folgendem PIN-Code können Sie auf das Bildmaterial zugreifen und es kostenlos und in hoher Auflösung herunterladen: [WqTpY324](#)

Den PIN-Code tragen Sie bitte in die vorgegebene Maske auf der rechten Bildschirm-Seite ein.

Bitte geben Sie bei jeder Veröffentlichung der Bilder die korrekten und vollständigen Bildrechte an. Die Darstellungen dürfen nur zur Berichterstattung im Kontext mit der IBA Hamburg GmbH und unter Angabe der korrekten und vollständigen Bildrechte kostenfrei verwendet werden. Bei eventueller Urheberrechtsverletzung können Kostenforderungen folgen.

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

IBA Hamburg GmbH, Rainer Müller, Leiter Stabsstelle Presse, rainer.mueller@iba-hamburg.de,

Tel.: 040 / 226 227 335, oder an Anna Vietinghoff, Stabsstelle Presse, anna.vietinghoff@iba-hamburg.de, Tel:

040 / 226 227 – 331 oder an presse@iba-hamburg.de



Iba25

PRESSEINFORMATION

Grundsteinlegung für großes Wohnquartier in Wilhelmsburg **Start für Georg-Wilhelm-Höfe**

Baubeginn für eines der größten Wohnbauprojekte im Rahmen der IBA Hamburg: Gemeinsam mit Andy Grote, Bezirksamtsleiter von Hamburg Mitte, legten IBA-Geschäftsführer Uli Hellweg und Peter Drieske, Geschäftsführer des Bauherren BPB den Grundstein für den ersten Bauabschnitt der „Georg-Wilhelm-Höfe“. Insgesamt entstehen hier zwischen Inselpark und Reiherstieg 150 Wohneinheiten in Stadthäusern, Eigentumswohnungen, geförderten Mietwohnungen, Gemeinschaftseinrichtungen und Gewerbeflächen.

Auf dem Gelände der ehemaligen Sprachheilschule, die im Frühjahr ins Kirchdorfer Bildungszentrum „Tor zur Welt“ umgezogen ist, realisiert der Hamburger Investor BPB, die Bauträger-, Projektentwicklungs- und Bauerschließungsgesellschaft mbH, zunächst 33 Eigentumswohnungen, 15 Mietwohnungen und eine Gewerbeeinheit. Die Fertigstellung dieses ersten Bauabschnitts ist für Ende 2014 geplant. Das neue Quartier wird unter dem Namen „Sonnenhöfe am Kurdamm“ vermarktet und zeichnet sich durch gemischte Wohnangebote sowie hohe ökologische Standards aus. Die Versorgung (Wärme und Strom) wird durch ein Blockheizkraftwerk gesichert. Zusätzlich wird Strom durch eine Photovoltaikanlage produziert.

Die Lage des Areals nahe dem Inselpark aber auch nahe dem Hafengebiet am Reiherstieg stellte eine besondere architektonische Herausforderung dar. Die IBA hat daher gemeinsam mit dem Bezirk einen städtebaulichen Wettbewerb ausgelobt, den das Hamburger Büro czerner, göttlich architekten gewann.

„In zentraler Lage im begehrten Reiherstiegviertel, dazu die Mischung von Wohnen und Gewerbe und unmittelbar angrenzend der neue Inselpark - diese interessante Konstellation verleiht den Sonnenhöfen am Kurdamm als Wohnstandort einen ganz besonderen Charme“, **so Andy Grote, Bezirksamtsleiter Hamburg-Mitte.**

Für den Bauherren BPB erklärte Geschäftsführer Peter Drieske: „Wir sind froh, dass wir uns davon überzeugen ließen, in Hamburgs Süden zu bauen. Wie erfolgreich man hier bauen kann, stellt die hohe Verkaufsleistung der Sparda-Immobilien deutlich unter Beweis. Ausschlaggebend dafür ist die spannende und interessante Planung der Architekten Czerner Göttlich, wodurch schließlich Projektentwickler und Erwerber überzeugt wurden. Durch die kompetente Zusammenarbeit aller, insbesondere der Mitarbeiter der IBA, dem Bezirksamt Mitte und der Planer, wurde der schnelle Weg von der Idee bis zur Umsetzung möglich.“

Uli Hellweg, Geschäftsführer der Internationalen Bauausstellung IBA Hamburg betonte die besondere Lage des Projekts: „Zwischen Park und Hafen, am Rande einer der Wilhelmsburger

Durchgangsstraßen – die Georg-Wilhelm-Höfe zeigen modellhaft wie solche Metrozonen, die inneren Peripherien einer Stadt, für Wohnzwecke genutzt werden können. Abgeschirmte grüne Innenhöfe, Wintergärten und der Erhalt des alten Baumbestandes an der Straße ermöglichen ruhiges Wohnen am Rande des Hafens.“

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

IBA Hamburg GmbH, Rainer Müller, Leiter Stabsstelle Presse,

rainer.mueller@iba-hamburg.de, Tel.: 040 / 226 227 335,

oder an Anna Vietinghoff, Stabsstelle Presse,

anna.vietinghoff@iba-hamburg.de, Tel: 040 / 226 227 – 331

oder an presse@iba-hamburg.de

BPB, Beate Harck, Tel.: 040 / 890661-0, beate.harck@bpb-bau.de